Koalitionſchande, ſie hat mit dieſem Kampf nicht verhindern können, daß die Werktätigen klarer zu erkennen beginnen: die Entſcheidung fällt nicht zwiſchen Koalition und Bürgerblock, **ſondern Klaſſe gegen Klaſſe,** beſitzende Klaſſe gegen Arbeiterklaſſe. Die Arbeiter und breite Maſſen der verarmten Mittelſtändler, die früher den bürgerlichen Parteien folgten, ſehen in der SPD noch eine Partei, die nicht die Politik des Kapitals, ſondern die der Werktätigen betreibt. Sie haben Illuſionen in bezug auf die **Wels, Hermann Müller, Liebe, Severing, Braun uſw.,** ſie vertrauen den großen Verſprechungen des Wahlkampfes — aber gleichzeitig wandten ſich enttäuſchte Arbeiter von der SPD zur KPD hin! Dieſe Entwicklung gilt es in Zukunft gerade wegen der Illuſionen, die der größte Teil der ſozialdemokratiſchen Wähler hat, durch entſchiedenſten Kampf gegen die ſtaatserhaltende und kapitalaufbauende Politik der SPD, gegen Wirtſchaftsdemokratie und Koalition und eine die Klaſſe zuſammenfaſſende Maſſenpolitik zu fördern und zu beſchleunigen. Die Neuwähler der SPD werden trotz verſchiedener Manöver der reformiſtiſchen Führer verhältnismäßig raſch aus ihrer Illuſion erwachen, um ſo raſcher, je energiſcher wir die uns gebotene Situation auszunutzen verſtehen. Kein Zweifel, daß die Maſſen jetzt Einlöſung deſſen verlangen, was verſprochen wurde. Kein Zweifel, daß die bürgerlichen Parteien im Auftrag der Bourgeoiſie jetzt weniger als je geneigt ſein werden, irgendwelche Zugeſtändniſſe zu machen — im Gegenteil, ſie drohen mit ſchärferen Maßnahmen gegen die Arbeiterſchaft. Die Erfahrungen lehren: die Bourgeoiſie verſteht auch andere als demokratiſche Methoden zur Ausübung ihrer Klaſſengewalt anzuwenden, wenn die Demokratie allein der Revolutionierung der Arbeiterklaſſe nicht Einhalt zu gebieten vermag. Die deutſchnationale Preſſe ſagt ſchon voraus: **aktionsunfähiger Reichstag** — was kann das anderes heißen, als baldige Anwendung von Gewaltmaßnahmen des Artikels 48.

Der große Stimmenzuwachs, der uns zugefallen iſt, die große Illuſion, die Millionen von Arbeitern und Werktätigen in bezug auf die SPD-Politik haben — dazu die Gefahr der Anwendung von faſchiſtiſchen Methoden zur Durchſetzung der Ziele der Bourgeoiſie legen uns die größte Verantwortung auf!

Nicht zuletzt auch in den Gebieten, wo es der SPD gelungen iſt, die Abwanderung von Werktätigen von den bürgerlichen Parteien voll für ſich in Anſpruch zu nehmen. Gerade dort beſtehen für uns in der nächſten Zukunft große Möglichkeiten, durch kluge und energiſche Maſſenpolitik in Betrieben und Gewerkſchaften die Entſcheidung des 20. Mai ſtark zu unſeren Gunſten zu korrigeren.

Die SPD zieht aus dem Wahlergebnis, aus der Abwanderung von den bürgerlichen Parteien, die eine Konſequenz: **ſie fordert Miniſterpoſten!** Die werktätigen Maſſen aber erheben ihre Lebensforderungen: Verbeſſerung ihrer Lage! Die SPD wird die Maſſen hinzuhalten verſuchen, ſie will Zeit gewinnen! Inzwiſchen aber wächſt die Teuerung und die Ergebniſſe der wirtſchaftsdemokratiſchen Politik der reformiſtiſchen Führer mit Abwürgung der Kämpfe. Unterordnung unter das Schlichtungsſyſtem treten für jeden einzelnen Arbeiter immer kraſſer in Erſcheinung.

Die SPD nimmt die Ablehnung der bürgerlichen Parteien, die Ablehnung der kapitaliſtiſchen Politik durch die Werktätigen zum Anlaß, um **ſich mit den bürgerlichen Parteien zu koalieren. Das iſt ihre Antwort auf die Forderung der Maſſen:** Schluß **mit der Hungerpolitik, mit dem Terrorregime!** Noch brennender wird die ... der Beziehungen zur Sowjetmacht, die Frage **des Friedens oder der Kriegspolitik.** Die SPD hat die Streſemann-Politik, die Bürgerblock-Politik der Verſchärfung der Beziehungen zur Sowjetmacht als ihre eigene Politik reklamiert.

Unſer Ruf: Nur Maſſenkampf kann die Not der Werktätigen lindern, kann den Terror der beſitzenden Klaſſe und ihres demokratiſchen Staates brechen und die imperialiſtiſche Kriegspolitik gegen die Sowjetunion durchkreuzen — muß jetzt nach dem Wahlkampf verſtärkt werden. Schritt für Schritt — wie die SPD-Führer die Maſſen zu vertröſten, hinzuhalten verſuchen — gilt es ihnen dieſen Weg des Kampfes zu zeigen.

Der Wahlkampf hat die Fronten aufgezeigt, er hat die Entwicklung, die ſich in den Maſſen vollzogen hat, klar erkennen laſſen! Wir ziehen die Bilanz: Jetzt erſt recht für die Maſſenmobiliſation. Die reformiſtiſchen Führer ſollen des Stimmenzuwachſes nicht froh werden können, ſollen ihn nicht für Koalition und Arbeitsgemeinſchaft verſchachern können! **Die Maſſen wollen nicht kapitaliſtiſche Politik!**

Unſer Kampf in Betrieben und Gewerkſchaften, in allen Maſſenorganiſationen wird gerade jetzt nach den Wahlen ein Echo finden, wenn wir ihn ſo wie vor dem 20. Mai mit aller Entſchiedenheit fortführen. Denn nur wir vermögen den Maſſen den Weg zur Erkämpfung ihrer Forderungen zu zeigen! Kraſſer als vor der Wahlentſcheidung ſteht die Aufgabe: Kampf gegen die Kapitalsoffenſive, gegen politiſche Entrechtung und Unterdrückung, gegen imperialiſtiſche Kriegspolitik. Der Kampf iſt nicht vom Kampf gegen die Koalitionspolitik der reformiſtiſchen Führer zu trennen.

Wir ruhen auf unſeren Wahlerfolgen nicht aus. Sie ſtellen uns die nächſte Aufgabe: **Das Reichstreffen des RFB am kommenden Sonntag muß zur mächtigen Maſſenmobiliſation des Proletariat gegen Kapitalsoffenſive, gegen Bürgerblock und Koalition werden** — zum großen Aufruf gerade an die Arbeiter und Werktätigen, die für die SPD geſtimmt haben und deren Stimmen nur die Grundlage des **Miniſter-Kuhhandels** werden ſollen! Für alle Arbeiter kann es nur **einen** Willen, nur **einen** Kampf geben: Durchführung unſerer Forderungen

für Achtſtundentag, höhere Löhne, gegen die neuen und erhöhten Preisſteigerungen,
für Sicherung des Streikrechts und Beſeitigung des Schlichtungsweſens,
für Freilaſſung aller proletariſchen politiſchen Gefangenen,
für Entwaffnung der Bourgeoiſie und der bürgerlichen Wehrverbände,
gegen jede Arbeitsgemeinſchaft und Koalition,
für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung.

Das Reichstreffen des RFB leitet die weiteren Aktionen ein, die unter Führung der Kommuniſtiſchen Partei durchgeführt werden müſſen, um die Tagesforderungen der Werktätigen durchzuſetzen und die Revolutionierung der Maſſen zu fördern, zu ſteigern bis zum breiteſten Machtkampf — für den Sturz der Bourgeoiſie, für die Zertrümmerung ihres Machtapparates, für die Errichtung der proletariſchen Diktatur nach dem Beiſpiel der ruſſiſchen Arbeiter und Bauern, für den Sieg des Sozialismus.

Die KPD iſt auf dem Vormarſch! Immer ſtärker vorwärts!

Preſſeſtimmen zur Wahl

Die deutſchnationale und die volksparteiliche Preſſe wütet, ſie kündet die baldige Auflöſung des Reichstages an. Die SPD iſt verdattert über den gewaltigen Erfolg der Kommuniſten.

Der ſozialdemokratiſche Abend: „... Während der Bürgerblock im Reich zuſammengebrochen iſt, hat ſich die Preußenkoalition ausgezeichnet gehalten..."

Dann folgt ein Verſuch, den kommuniſtiſchen Erfolg zu verkleinern und die Aufforderung an die KPD, ſich der SPD unterzuordnen. „Die Sozialdemokratie iſt entſchloſſen, ihren eigenen Weg zu gehen und ſie iſt auch ſtark genug dazu. Sie wird das Gewicht ihrer 152 Mandate in die Wagſchale der kommenden Entſcheidungen werfen." Der Abend zitiert die Rede Wels' am 29. März im Reichstag: „Unſerer Verantwortung bewußt und zur Verantwortung bereit." „Es verſteht ſich von ſelbſt, daß die Sozialdemokratiſche Partei nach dieſem Wahlausfall keine Urſache hat, von ihrer damaligen Erklärung zurückzutreten. Ihre Bedeutung wird vielmehr durch das Ergebnis des 20. Mai nur noch verſtärkt und unterſtrichen."

Der Vorwärts bereitet mit vollen Segeln die Große Koalition vor.

Berliner Tageblatt: Das Berliner Tageblatt beleuchtet folgende Einzelheiten des Wahlergebniſſes aus dem Reich: In Leipzig ſind die deutſchnationalen Stimmen von 133 000 auf 49 000 geſunken. In den drei ſächſiſchen Wahlkreiſen zuſammen haben ſie 190 000 Stimmen verloren, in Württemberg 70 000, in Baden 40 000. Auch in einem ländlichen Wahlkreis, in Schleswig-Holſtein, 70 000.

Das Zentrum hat in einer ſeiner Hauptfeſtungen, in Düſſeldorf-Weſt, 37 000 Stimmen verloren, während dort die SPD 37 000 und die KPD 26 000 Stimmen gewannen. In Württemberg verlor das Zentrum 43 000 Stimmen, in Baden 46 000 Stimmen. Die Verluſte der Bayriſchen Volkspartei, der Schweſterpartei des Zentrums, in Oberbayern und Franken ſind noch erheblicher.

„Während die Sozialdemokraten über 20 neue Mandate erobern, bleiben die Kommuniſten mit einem Gewinn von etwa 9 Mandaten im Stimmengewinn hinter ihnen ſtark zurück. Die Auswirkung des Keudellſchen Verbotes hat den kommuniſtiſchen Aufſchwung offenbar gelähmt. Nur im Freiſtaat Sachſen geht der kommuniſtiſche Zuwachs (88 000 Stimmen) über den ſozialdemokratiſchen (63 000 Stimmen) erheblich hinaus. In zwei ſächſiſchen Wahlkreiſen, Leipzig und Dresden-Bautzen, haben Sozialdemokraten und Kommuniſten zuſammen mehr als die Hälfte aller Stimmen auf ſich vereinigt..."

Zur Regierungsbildung: „Die einzige Mehrheitsbildung, die möglich bleibt, iſt die Große Koalition. Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutſche Volkspartei zählen im neuen Reichstag 283 Stimmen, denen... eine Oppoſition von nur 206 Stimmen gegenüberſteht... Dieſen innenpolitiſchen und außenpolitiſchen Sinn der Wahl gilt es auszunutzen durch die ſchleunige Bildung der Großen Koalition."

Die Deutſche Allgemeine Zeitung: Unter der Ueberſchrift: „Reichskanzler Otto Braun": ... Unbeſtreitbar iſt der Erfolg der Sozialdemokratie. Die Kommuniſten haben allerdings ihrerſeits ihre Mandatsziffer um 9 vermehrt... In Verhältniszahlen iſt der Erfolg der Kommuniſten der größere. Er beträgt 29 Prozent gegen 16 Prozent... Es iſt gar kein Zweifel, daß das bedeutende Anwachſen der Sozialdemokratie eine Verſchärfung der Spannungen innerhalb dieſer Partei, die Zurückdrängung des Einfluſſes der gemäßigten Führer, die Verſchärfung der ſozialen Gegenſätze in der geſamten deutſchen Geſellſchaft hervorrufen muß... Es hat ſich erwieſen, daß die radikalrepublikaniſche Politik der Parteien ... als Zutreiberdienſte für die Sozialdemokraten nichts anderes als ... Wenn ſchon das Pendel nach links demokratie geleiſtet hat... ausſchlagen ſollte... ſo ſagten ſich die Wähler, müſſe man ganz nach links gehen...

Nachdem der erſte Siegesrauſch der Sozialdemokratie und ihrer Mitläufer verflogen ſein wird, die ſich über die ſchwere eigene Niederlage hinwegtäuſchen, indem ſie den ſozialiſtiſchen Sieg bejubeln, wird die erſte Kriſe dieſes neuen Reichstages beginnen...

Der Dresdner Anzeiger ſchreibt geſtern: „Lebensunfähiger Reichstag?" In den Morgenſtunden, in denen das Wahlergebnis ſich immer mehr vervollſtändigte — eine Ausnahme bildet auch diesmal wieder der Berliner Wahlbezirk, wo man mit dem Zählen aufgehört hat, um erſt im Laufe des Vormittag dieſe Arbeit wieder zu beginnen — kommt man in Berliner politiſchen Kreiſen bei der Erörterung des Wahlergebniſſes ſchon jetzt zu der Auffaſſung, daß ſich das Spiel von 1924 wiederholen könnte, d. h., daß der geſtern gewählte Reichstag ſich möglicherweiſe als lebensunfähig erweiſen und eine Neuwahl im Herbſt oder Winter erforderlich machen könnte."

Die Dresdner Volkszeitung tobt gegen die Kommuniſten und verſucht zugleich die vom Lehrmeiſter Löbe übernommene Demagogie anzuwenden. Schon in der Ueberſchrift muß ſie zu ihrem Schmerz den Erfolg der Kommuniſten anerkennen. Sie ſchreibt: „Große Erfolge der Sozialdemokraten und Kommuniſten".

„... Die Gewinnenden dieſer Wahl ſind die Sozialdemokraten und die KPD. Der Erfolg der beiden Arbeiterparteien könnte ſtärker ſein, wenn die Kommuniſten es nicht für ihre vornehmſte Aufgabe angeſehen hätten, den Kampf vor allem gegen die größte Partei der Arbeiterſchaft, die Sozialdemokratie, zu führen... Die unreifen Wählerſchichten, die erſt nach 1918 zum politiſchen Leben erwachten, fielen auf dieſe gehäſſige Demagogie hinein. (Das ſchreibt eine Zeitung, deren Kandidat Artur Arzt 1918 noch Kaiſergedichte verfaßte. D. Red.) Außerdem profitierten die Kommuniſten von der allgemeinen Mißſtimmung der werktätigen Maſſen gegen die Bürgerblockpolitik. Da viele der minderbemittelten Wähler die Wahl eines Kommuniſten für den radikalſten Proteſt gegen die heutige Ordnung halten, ſtimmten ſie für dieſe Partei, ohne ſich damit zu ihrem Programm und zu ihrer Taktik zu bekennen."

Den gewaltigen Erfolg der KPD in Berlin verſucht die SPD mit der immer wiederkehrenden Redensart, daß die KPD nur von den Erwerbsloſen gewählt werde, zu erklären:

„Gewonnen haben außer der Sozialdemokratie in erwähnenswertem Ausmaß nur noch die Kommuniſten. Die Folge iſt, daß in Zukunft ein halbes Dutzend kommuniſtiſcher Vertreter mehr im Reichstag einziehen und in den Landesparlamenten ſitzen werden. Auch der Ausgang der Wahlen in Berlin vermag daran nichts zu ändern. Hier hat ihnen die verhältnismäßig ſtarke Arbeitsloſigkeit das Spiel außerordentlich erleichtert."

In der Frühausgabe der Volkszeitung zeigte ſich der Katzenjammer darüber, daß die KPD in Sachſen 80 000, die SPD aber nur 63 000 Stimmen gewonnen hatte, noch viel deutlicher. Denn gerade in Sachſen, wo die SPD einen beſonderen Scheinradikalismus betrieben, wollte man die KPD niederboxen, man ließ zu dieſem Zweck alle Minen ſpringen. Als man ſeine faktiſche Niederlage ſah, jammerte die Volkszeitung auf einmal über den „Bruderkampf". Wir müſſen deswegen nochmals feſtſtellen, die SPD-Arbeiter ſind ſicherlich in der überwiegenden Zahl brüderlich, auf dieſelben Intereſſen mit uns verbunden. Aber die SPD-Führer ſind, trotz allem Scheinradikalismus, nicht unſere Brüder.

Zum Schluß wollen wir noch ein Zitat bringen, wie die Altſozialiſten ſich über ihre Niederlage tröſten. Sie ſchreiben, ſie haben nur ihre „Viſitenkarte" abgegeben:

„Der Arbeiter wird finden, daß er, indem er dieſen Linksruck herbeiführen half, ſeinen Lebensintereſſen nicht gedient hat: weder wird „die Sozialiſierung marſchieren", noch wird er in den Genuß von Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung eintreten. Die Enttäuſchung wird nicht ausbleiben; er wird zur Einſicht in die wahre Natur ſeiner Lage gelangen.

Für dieſen Tag aber, der ſicher kommen wird, hat die ASPD diesmal die Viſitenkarte abgegeben."

Ja, aber die Viſitenkarte wurde nicht angenommen.

Eine halbe Million Stimmen gewonnen

Im Reich hat die KPD rund ½ Million Stimmen **und 9 Mandate** gewonnen. Das Ergebnis geſtaltet ſich **bisher wie folgt:**

	Wahlergebnis v. 20. Mai 1928	Letzte Wahl 7. Dez. 1924	Neuer Reichst.	Bisher (März)
Sozialdemokraten	9 111 438	(7 886 261)	152	(131)
Deutſchnationale	4 359 586	(6 209 229)	73	(107)
Zentrum	3 705 040	(4 120 936)	62	(69)
Deutſche Volkspartei	2 669 549	(3 051 332)	44	(51)
Kommuniſten	3 232 875	(2 711 829)	54	(45)
Demokraten	1 492 899	(1 921 271)	25	(32)
Bayriſche Volkspartei	936 404	(1 135 131)	16	(19)
Linke Kommuniſten	80 057	—	0	(—)
Wirtſchaftspartei	1 391 133	(1 006 318)	23	(21)
Nationalſozialiſten	806 746	(907 915)	12	(7)
Deutſche Bauernpartei	480 613	—	8	(—)
Völkiſch-Nationaler Block	264 565	—	0	(5)
Landbund	199 491	(762 420)	3	(—)
Chriſtl.-Nation. Bauern	770 100	—	13	(4)
Volksrechtspartei	480 978	—	2	(3)
Evangeliſche Partei	51 465	—	0	(—)
Reichspartei f. Handwerk	6 405	—	0	(—)
USPD	20 725	(99 183)	0	(—)
Volksbl. der Infl.-Geſch.	36 658	—	0	(—)
Haus- und Grundbeſitzer	35 550	—	0	(—)
Nationale Minderheiten	70 752	(93 157)	0	(—)
Alte Sozialdem. Partei	65 246	—	0	(—)
Kriegsopfer	6 045	—	0	(—)
Aufwertung und Aufbau	7 473	—	0	(—)
Chriſtl.-Soz. Vereinigung	110 466	—	0	(—)
Sächſ. Landvolk	127 633	—	2	(—)
Partei für Mieterſchutz	2 164	—	0	(—)
Ev. Volksdienſt	4 676	—	0	(—)
Sonſtige	6 071	(406 953)	0	(—)

Die Geſamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt alſo 30 592 442, auf die zuſammen 489 Mandate entfallen. In den ... 1 432 609 Stimmen ſind 25 ... Volksrecht und Aufwertung, Wahlvorſchlag 6a) enthalten. In den 770 100 abgegebenen Stimmen für die Chriſtlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei ſind 191 938 für Kreiswahlvorſchläge der Deutſchhannoverſchen Partei abgegeben, die damit 3 Mandate erhält.

Auf dem Wege zur Großen Koalition

Das Berliner Tageblatt und die Voſſiſche Zeitung nehmen zur kommenden Regierungsbildung Stellung. Dieſe beiden Blätter erklären ſchon rund heraus, die einzige Löſung, der einfachſte und gerade Weg, ſei die

Große Koalition.

Die Voſſiſche Zeitung ſchreibt, eine Regierung ohne Streſemann ſei genau ſo unmöglich, wie eine Regierung ohne Braun und Severing. Aehnliche Töne ſchlagen geſtern die Dresdner Neueſten Nachrichten an.

Braun ſoll Reichskanzler, Severing Innenminiſter werden. Nun ſagt man zwar, daß Braun ſich etwas ſträube, er wolle lieber preußiſcher Miniſterpräſident bleiben. Was hinter dieſer Erklärung ſteckt, iſt zur Zeit noch nicht klar erſichtlich. Praktiſch würde das aber bedeuten, daß die SPD als die ſtärkſte Partei auf den Kanzler verzichten würde.

Der ſozialdemokratiſche Preſſedienſt ſtellt ſich geſtern ſehr vorſichtig. Er ſpricht nur, wie Hermann Müller im Rundfunk, von der Feſtigung der Preußenregierung, die kitzlige Frage der Reichsregierung läßt man noch aus dem Spiel. Dafür erklärte aber am Sonnabend ſchon das 8-Uhr-Abendblatt, in dem die SPD-Größen ihre geiſtigen Produkte ſonſt abladen, daß die Parteien der Republik den Kampf um das, wenn auch nie ausgeſprochene Ziel der Großen Koalition geführt haben. Wie heute mitgeteilt wird, ſoll der Reichstag ſchon am 10. Juni zuſammentreten. Das zeigt deutlich, daß man eine ſchnelle Ausnutzung der nach den Wahlen eintretenden Ermüdung will, um die Wähler, die zwar SPD gewählt, aber keine Koalition mit dem Bürgertum wollen, zu überrumpeln.

Die Arbeiterſchaft muß deswegen auf dem Poſten ſein, ſie darf ſich nicht überrumpeln laſſen. Sofort gilt es überall Stellung ... Manöver der SPD-Führer zu zerſchlagen.

Furchtbares Grubenunglück in Pennſylvanien

127 Bergarbeiter im Schacht verbrannt

Neuyork. **In der Mutiergrube geriet durch eine Exploſion das Bergwerk in Brand. Von den 141 eingeſchloſſenen Bergarbeitern gelang es den Rettungsmannſchaften bis jetzt nur 14 zu retten. Die übrigen 127 dürften in den Flammen umgekommen ſein. Trotz der fieberhaften Tätigkeit der Rettungsmannſchaften iſt es denſelben nicht gelungen, bis zu den Eingeſchloſſenen vorzudringen. Die Eingänge der Grube ſind von den Angehörigen der Bergarbeiter belagert. Bei der Bekanntgabe der erſten Namen der Verunglückten ſpielten ſich furchtbare Szenen ab. Unter den wartenden Angehörigen befindet ſich u. a. ein älteres Ehepaar, deren vier Söhne am Sonnabend das erſtemal in die Grube einfuhren und die ſich jetzt mit unter den Eingeſchloſſenen befinden.**

Ueber die Urſache und die Verantwortlichen dieſer furchtbaren Kataſtrophe iſt Genaues noch nicht bekannt. Sicher iſt nur eins: Wieder wird man die Schuld an dem Unglück auf „höhere Naturgewalt" oder auf „unvorſichtige Bergarbeiter" abzuſchieben verſuchen. Der Moloch Kapitalismus fordert täglich ſeine Opfer! Um des Profites willen unterlaſſen es die Grubenbeſitzer, für genügende Schutzvorrichtungen zu ſorgen. In Amerika ſo wie in Deutſchland! Arbeiter, wie lange noch wollt ihr dies dulden?

Schreckenstat einer Mutter

TU, Berlin. Wie die Morgenblätter aus Dürrenberg berichten, durchſchnitt in Tollwitz die Frau eines Monteurs ihrem achtjährigen Sohn und ihrer fünfjährigen Tochter die Halsſchlagader und die Pulsader. Darauf beging ſie Selbſtmord. Die Frau hat die Tat wegen wirtſchaftlicher Schwierigkeiten und Familienzwiſt begangen.

Eine Einwohnerverſammlung in Kaditz, die ſich mit den mißlichen Straßen- und Verkehrsverhältniſſen in dieſem Dresdner Ortsteil beſchäftigt, findet morgen abend 20 Uhr im ... Kaditz ſtatt.

Wetterdienſt für 23. Mai. Teils leicht, teils ſtärker bewölkt. Tagsüber etwas höhere Temperatur. Schwache bis mäßige Winde aus weſtlicher Richtung.